

Pressemitteilung

CDU fordert Zuschüsse zur Beseitigung von Graffiti

Antrag findet im Haupt- und Finanzausschuss keine Mehrheit – zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger

GIESSEN. Zur fünften Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und des vorangehenden Haupt- und Finanzausschusses stellte die CDU-Fraktion der Stadt Gießen einen Antrag, dass die Stadtverordnetenversammlung eine Richtlinie für die Gewährung von Zuschüssen zur Beseitigung von Graffiti an privaten baulichen Anlagen beschließen solle.

„Anspruchslose und inhaltsleere Graffiti an öffentlichen und privaten Gebäuden und Anlagen sind kein Ausdruck künstlerischer Kreativität sondern stellen eine Sachbeschädigung dar. Oftmals müssen die verunstalteten Gebäudeteile mit großem finanziellen Aufwand saniert werden“, begründet Christine G. Wagener den Antrag.

Auch trügen Schmierereien dieser Art nicht zu einem attraktiven Stadtbild bei. Eher würden sie meist als Zeichen von Verwahrlosung wahrgenommen. „Etliche Kommunen haben in der Vergangenheit – so auch die Universitätsstadt Marburg – Richtlinien erstellt, die den betroffenen Gebäudeeigentümern auf dem Wege der anteilmäßigen Erstattung helfen, diese Schäden zu beseitigen. Da wir unsere Heimatstadt auch in Zukunft lebens- und lebenswert erhalten möchten, soll eine entsprechende Richtlinie implementiert werden“, merkt Fraktionsvorsitzender Klaus Peter Möller an.

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmte gegen den Antrag. „Damit bleiben die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt auf den Kosten von Graffiti-Schmierereien sitzen. Die Linkskoalition hat es verpasst, mit einem kleinen finanziellen Zuschuss für ein schöneres, lebenswertes Gießen zu sorgen, welches wir alle sofort an der einen oder anderen Ecke in unserer Stadt gesehen hätten“, findet Wagener.

Die Stadtverordnetenversammlung wird darüber erst in ihrer Dezembersitzung beraten.

Mit freundlichen Grüßen und der Bitte um Veröffentlichung